Satzung zur Änderung der Satzung, der Schiedsordnung und der Wahlordnung für das Bayerische Rote Kreuz vom 1. Dezember 2012

**Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums des Innern
vom 19. Juli 2013 Az.: ID4-0095.61-29**

Das Bayerische Staatsministerium des Innern macht **nachstehend** die durch Satzung vom 1. Dezember 2012 erfolgten Änderungen

- der Satzung für das Bayerische Rote Kreuz vom 21. Juli 2001 (Bekanntmachung vom 8. November 2001, StAnz Nr. 47), zuletzt geändert am 22. Oktober 2011 (Bekanntmachung vom 12. März 2012, StAnz Nr. 13),
- der Schiedsordnung für das Bayerische Rote Kreuz vom 21. März 1988 (Bekanntmachung vom 6. April 1988, StAnz Nr. 20), zuletzt geändert am 22. Oktober 2011 (Bekanntmachung vom 12. März 2012, StAnz Nr. 13) und
- der Wahlordnung für das Bayerische Rote Kreuz vom 21. März 1988 (Bekanntmachung vom 6. April 1988, StAnz Nr. 20), zuletzt geändert am 5. November 2005 (Bekanntmachung vom 21. April 2006, StAnz Nr. 18)

bekannt.

Die Satzung wurde am 19. Juli 2013 genehmigt.

Art. 1

Änderung der Satzung

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 22 werden folgende Worte eingefügt:

„§ 22a

Geschäftsführerkonferenz

§ 22b

Aufgaben der Geschäftsführerkonferenz

§ 22c

Entscheidungen der Geschäftsführerkonferenz“

- b) Die Angabe zu § 49 wird wie folgt gefasst:

„Mittelbewirtschaftung und Budgetrecht der Gemeinschaften“

- c) Nach der Angabe zu § 55 werden folgende Worte eingefügt:

„§ 55a

Beschlüsse in Textform“

2. In § 3 werden die Absätze 5 und 6 aufgehoben.

3. § 4 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Bayerische Rote Kreuz wird durch das Präsidium (entsprechend § 26 BGB) gesetzlich vertreten. Rechtsverbindliche Erklärungen des Bayerischen Roten Kreuzes werden vom Präsidenten oder einem Vizepräsidenten je zusammen mit einem weiteren Mitglied des Präsidiums abgegeben.

(2) Daneben wird das Bayerische Rote Kreuz jeweils (entsprechend § 30 BGB) gesetzlich vertreten durch den Vorsitzenden und den Geschäftsführer eines Kreisverbandes gemeinsam, den Vorsitzenden und den Geschäftsführer eines Bezirksverbandes gemeinsam, den Vorsitzenden und den Geschäftsführer der Bergwacht Bayern gemeinsam, jeweils begrenzt auf ihren örtlichen und sachlichen Zuständigkeitsbereich.

(3) Die Landesgeschäftsführer (§ 22), Bezirksgeschäftsführer (§ 43), Kreisgeschäftsführer (§ 32) und der Geschäftsführer der Bergwacht Bayern sind im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben bevollmächtigt, im Namen des BRK allein zu handeln.

(4) Ein Rechtsgeschäft mit erheblichen finanziellen Auswirkungen bedarf der Schriftform und ist in den Fällen des Abs. 3 zusätzlich vom jeweiligen Schatzmeister oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

Näheres hierzu regeln die Geschäftsordnung der Landesgeschäftsleitung (§ 21 Abs. 1 Satz 9) sowie die Rahmengesäftsordnung für die Bezirks- und Kreisverbände; insofern sind diese im Staatsanzeiger zu veröffentlichen; diese Regelungen gelten entsprechend für die Bergwacht.

(5) Im Außenverhältnis wird die Erklärung, dass eine erforderliche Zustimmung gem. § 19 Abs. 2 Nr. 3 und 4 und § 17 Abs. 2 Nr. 15 erteilt wurde, durch einen Landesgeschäftsleiter abgegeben.

(6) Die Regelungen zum Innenverhältnis gemäß § 47 bleiben unberührt.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 1 wird nach dem Spiegelstrich „Wasserwacht“ folgender Spiegelstrich angefügt:
„die Wohlfahrts- und Sozialarbeit“
- b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird aufgehoben.
 - bb) Die bisherige Satz 3 wird neuer Satz 2 und das Wort „Schatzmeisters“ wird durch „Landeschatzmeisters“ ersetzt.
 - cc) Die bisherigen Sätze 4 und 5 werden neue Sätze 3 und 4.
 - dd) Es wird folgender neuer Satz 5 angefügt:
„Hauptamtliche Mitarbeiter der jeweiligen Verbandsebene dürfen dem Haushaltsausschuss ihrer Ebene nicht angehören.“

5. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird „§ 20 Abs. 5“ durch „§ 20 Abs. 6“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 wird „§ 17 Abs. 2 Ziffer 15 e“ durch „§ 17 Abs. 2 Nr. 15“ ersetzt.
- c) Es werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:
„(5) Die Satzung des Bundesverbandes Deutsches Rotes Kreuz ist für das Bayerische Rote Kreuz und seine Gliederungen sowie deren Mitglieder verbindlich. Die Bestimmungen des Bundesverbandes gehen denen des Bayerischen Roten Kreuzes vor, soweit dies mit der Rechtsstellung des Bayerischen Roten Kreuzes als Körperschaft des öffentlichen Rechts vereinbar ist.

(6) Das Bayerische Rote Kreuz setzt Regelungen nach § 7 Abs. 1, § 13 Abs. 1, § 16 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 der Satzung des Bundesverbandes in seinem Bereich um.“

6. In § 12 Nr. 3 werden die Worte „der Präsident“ durch die Worte „das Präsidium“ ersetzt.

7. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt: „Hauptamtliche Mitarbeiter der Landesebene des BRK dürfen nicht Mitglied des Haushaltsausschusses sein.“
- b) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 3 bis 5.

8. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 9 wird nach dem Wort „Revisionsordnung“ ein Komma und das Wort „Disziplinarordnung“ eingefügt.
 - bb) In Nummer 10 wird „§ 21 Abs. 1 Satz 7“ durch „§ 21 Abs. 1 Satz 9“ ersetzt und „Abs. 1“ nach „§ 19“ wird gestrichen.
 - cc) Die Nummer 14 wird aufgehoben.
 - dd) In Nummer 15 werden die Buchstaben a, b, c, d und f gestrichen; die Buchstabenbezeichnung des bisherigen Buchstaben e entfällt und es werden die Worte „nach Buchstabe e“ gestrichen.
 - ee) Die Nummern 16 und 18 werden aufgehoben.
- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
„(3) Der Landesvorstand setzt einen Finanzwirt-

schaftsausschuss ein. Dieser besteht aus sieben Mitgliedern. Über seine Tätigkeit hat der Finanzausschuss dem Landesvorstand auf dessen Aufforderung zu berichten.“

- c) In Absatz 4 Satz 4 werden die Worte „in jeder Sitzung“ durch „auf dessen Aufforderung“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 Satz 1 werden das Komma und die Worte „soweit diese nicht dem Finanzausschuss gemäß Absatz 3 zu übertragen sind“ gestrichen.

9. § 18 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Präsidium besteht aus

- dem Präsidenten,
- den beiden Vizepräsidenten,
- dem Landesschatzmeister,
- dem Justiziar,
- je einem Vertreter der Rotkreuz-Gemeinschaften.

(2) Die Landesgeschäftsführer nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.“

10. § 19 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Präsidium führt die Geschäfte im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Landesversammlung und des Landesvorstandes.

(2) Das Präsidium ist insbesondere zuständig für

1. den Beschluss über die bedarfsgerechte Verteilung der Mittel gem. § 49 Abs. 3
2. die Ausübung des Weisungsrechts im Sinne von § 17 Abs. 6 bei Gefahr im Verzug, wobei das Präsidium dem Landesvorstand von dieser Maßnahme unverzüglich unterrichtet
3. die Zustimmung zu
 - a) Rechtsgeschäften zur Durchführung von Baumaßnahmen
 - b) Aufnahme und Gewährung von Darlehen mit Dritten
 - c) Abschluss von Miet-, Leasing- und Pachtverträgen
 - d) Pensions-, Renten- und Leibgedingeverträgen
 - e) Geschäfte, die auf die Eröffnung oder den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind.

Die Zustimmungspflicht für Rechtsgeschäfte nach Buchst. a bis c entfällt, sofern die hierfür vom Präsidium festzulegenden Summen bzw. Laufzeiten nicht überschritten werden. Bei Baumaßnahmen richtet sich die Zustimmungspflicht nach den Gesamtkosten.

4. die Genehmigung von Grundstücksgeschäften und die Festlegung von Wertgrenzen hierfür. Das Präsidium kann Wertgrenzen festlegen, bei deren Unterschreiten die Genehmigungspflicht entfällt. Das Präsidium kann ferner Wertgrenzen festlegen, bis zu welchen die Genehmigung durch den Landesgeschäftsführer und den Landesschatzmeister gemeinsam erteilt werden kann.

5. die Bestätigung der Beschlüsse der Geschäftsführerkonferenz (vgl. § 24).

(3) Das Präsidium hat in Wahrnehmung der Aufsichts- und Weisungsfunktion gegenüber den Landesgeschäftsführern insbesondere folgende Aufgaben:

- Formulierung der Ziele für die Landesgeschäftsführer
- Bestellung der Landesgeschäftsführer
- Entscheidung über die vorläufige Amtsenthebung eines Landesgeschäftsführers durch den Präsidenten
- Abberufung eines Landesgeschäftsführers
- Abschluss, Änderung und Beendigung des Anstellungsvertrages für die Landesgeschäftsführer
- Überwachung der Geschäftsführung der Landesgeschäftsführer
- Aufstellung und Änderung der Geschäftsanwei-

- Beschlusfassung über Vorlagen der Landesgeschäftsleiter
- Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB (Insichgeschäft) im Einzelfall.

(4) Über seine Tätigkeit ist der Landesvorstand in dessen nächster Sitzung zu unterrichten. Näheres zu den Informationspflichten im Übrigen wird in der Geschäftsordnung für das Präsidium geregelt.“

11. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Der Präsident ist der oberste Repräsentant des BRK.

(2) Er nimmt die Aufgaben wahr, die ihm durch die Satzung, Landesversammlung, Landesvorstand und Präsidium übertragen werden. Er führt den Vorsitz in der Landesversammlung, dem Landesvorstand, dem Präsidium sowie dem Revisionsausschuss; er beruft diese Organe und Ausschüsse ein. Er wird, wenn er verhindert ist, durch die Vizepräsidenten vertreten. Die Reihenfolge bestimmt die Landesversammlung. Der Präsident kann den beiden Vizepräsidenten, über die Abwesenheitsvertretung hinaus, einvernehmlich bestimmte Aufgaben übertragen.“

b) Es wird folgender neuer Absatz 5 eingefügt:

„(5) Besondere Aufgaben des Präsidenten sind:

1. Die Anordnung von Einsätzen des Bayerischen Roten Kreuzes in Notfällen größeren Ausmaßes
2. Der Präsident kann die Landesgeschäftsleiter aus wichtigem Grund vorläufig des Amtes entheben mit der Folge, dass ihnen einstweilen die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis entzogen wird. Sie sind vor der Entscheidung zu hören. Über die endgültige Abberufung entscheidet das Präsidium. Die vorläufige Amtsenthebung wird unwirksam, wenn sie nicht vom Präsidium innerhalb eines Monats endgültig bestätigt wird.
3. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern gemäß § 7 Abs. 7
4. Die Ernennung des Beauftragten für den Katastrophenschutz (K-Beauftragter) und dessen Stellvertreter sowie – jeweils im Einvernehmen mit den Kreis- und Bezirksverbänden – die Ernennung des Beauftragten für den Katastrophenschutz (K-Beauftragter) und dessen Stellvertreter in den Kreis- und Bezirksverbänden.“

d) Der bisherige Absatz 5 wird neuer Absatz 6 und in Satz 1 wird „26“ durch „29 Abs. 1“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 6 wird neuer Absatz 7 und in Satz 1 wird das Wort „anderen“ gestrichen.

12. § 21 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Landesgeschäftsleiter werden vom Präsidium bestellt.“

b) Es werden folgende Sätze 4 und 5 eingefügt:

„Sie unterstehen der Aufsicht durch das Präsidium. Weisungen des Präsidiums sind durch den Präsidenten zu erteilen.“

c) Der bisherige Satz 4 wird neuer Satz 6; darin wird das Wort „Landesvorstand“ durch das Wort „Präsidium“ ersetzt.

d) Der bisherige Satz 5 wird neuer Satz 7.

e) Der bisherige Satz 6 wird neuer Satz 8; darin werden nach dem Worte „Landesvorstandes“ die Worte „und der Beschlüsse des Präsidiums“ eingefügt.

f) Der bisherige Satz 7 wird neuer Satz 9.

13. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „satzungsgemäßen“

durch das Wort „satzungsmäßigen“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Der erste Spiegelstrich wie folgt gefasst:

„Vorbereitung, Umsetzung und Überwachung der Beschlüsse der Geschäftsführerkonferenz und des Präsidiums und der Beschlüsse und Richtlinien der Landesversammlung und des Landesvorstandes“

bbb) Die Spiegelstriche „Entwicklung einheitlicher und verbindlicher Richtlinien“, „Steuerung und Koordination der gesamtverbandlichen Rotkreuz-Arbeit und der Corporate Identity“ und „Umsetzung und Weiterentwicklung eines verbandsweiten Controllingsystems unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ werden gestrichen.

b) Es wird folgender Absatz 11 angefügt:

„(11) Soweit der Landesgeschäftsführer das BRK in den Gremien des Deutschen Roten Kreuzes vertritt, gehört diese Vertretung zu seinen satzungsgemäßen Aufgaben. Auch insoweit ist der Landesgeschäftsführer an Beschlüsse des Landesvorstandes bzw. des Präsidiums gebunden.“

14. Es werden folgende §§ 22a, 22b und 22c eingefügt:

„§ 22a

Geschäftsführerkonferenz

(1) Die Geschäftsführerkonferenz besteht aus den Landesgeschäftsführern, den Bezirks- und Kreisgeschäftsführern. Sie sind jeweils an die Beschlüsse ihrer Vorstände gebunden. Der Sprecher der Landesgeschäftsführer führt den Vorsitz, im Verhinderungsfall einer der Landesgeschäftsführer oder ein stellvertretender Landesgeschäftsführer.

(2) Die Sitzungen der Geschäftsführerkonferenz finden grundsätzlich dreimal jährlich statt. Zu ihnen lädt der Vorsitzende unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen ein. Die Geschäftsführerkonferenz ist einzuberufen, wenn mindestens neun Mitglieder unter Angabe von Gründen dies beantragen.

(3) Beschlüsse werden nach den Regelungen des § 55 gefasst. Beschlüsse zur Änderung der Tagesordnung oder von besonders erheblicher finanzieller Bedeutung (vgl. § 4 Abs. 4) bedürfen abweichend von § 55 einer Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(4) Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist. Jedes Mitglied der Geschäftsführerkonferenz erhält eine Abschrift. Die zuständigen Aufsichtsorgane der Mitglieder sind zu unterrichten.

(5) Die Geschäftsführerkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Landesvorstandes bedarf.

§ 22b

Aufgaben der Geschäftsführerkonferenz

(1) Die Geschäftsführerkonferenz im BRK koordiniert die wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen der strategischen Vorgaben zwischen den Gliederungen. Sie ist insoweit ein Beratungsgremium des Landesvorstandes und des Präsidiums. Sie bereitet die notwendigen Beschlüsse des Landesvorstandes und des Präsidiums vor und plant die für die Umsetzung dieser Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen.

(2) Die Geschäftsführerkonferenz beteiligt sich an der Erarbeitung der Entwicklungspläne für die Hauptaufgabenfelder durch die Verbandsgeschäftsführung Bund und deren Umsetzung im BRK.

(3) Landesvorstand und Präsidium können in diesem Rahmen die Geschäftsführerkonferenz beauftra-

gen, bestimmte Themen wirtschaftlicher Art zu bearbeiten und die Ergebnisse Landesvorstand und Präsidium vorzulegen.

(4) Die Geschäftsführerkonferenz ist zuständig für folgende Bereiche; insoweit beschließt sie abschließend selbstständig:

- Qualitätsmanagement (QM) in allen wichtigen Tätigkeitsfeldern des BRK
- Qualifizierung von hauptamtlichem Führungspersonal einschließlich der Personalentwicklung
- Wirtschaftliche Standards (u. a. Einkauf) in den Haupttätigkeitsfeldern
- Corporate Identity (CI) und Corporate Design (CD)
- Markenpolitik
- Standards in Rechnungswesen und Controlling
- IT-Standards
- Arbeits-, Tarif- und Steuerrecht

Die Kernzuständigkeiten der Gemeinschaften (§ 44 Abs. 2) bleiben unberührt.

§ 22c

Entscheidungen der Geschäftsführerkonferenz

(1) Die Beschlüsse der Geschäftsführerkonferenz nach § 22b Abs. 4 bedürfen für ihre Verbindlichkeit im BRK der Bestätigung des Präsidiums.

(2) Kreis- und Bezirksverbände können innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe eines Beschlusses Antrag auf Befreiung von der Umsetzung eines Beschlusses beim Präsidium stellen. Der Antrag ist zu begründen. Über den Antrag eines Kreisverbandes oder Bezirksverbandes entscheidet das Präsidium mit der Möglichkeit der befristeten Befreiung von der Umsetzung eines verbindlichen Beschlusses der Geschäftsführerkonferenz.

(3) Bei bestehenden befristeten Befreiungen kann der betroffene Kreis- oder Bezirksverband eine Verlängerung der Befristung bis spätestens einen Monat vor Ablauf der Befristung beim Präsidium beantragen. Der Verlängerungsantrag ist zu begründen.

(4) Gegen eine Ablehnung des Präsidiums gem. Abs. 2 und 3 kann der betroffene Kreis- oder Bezirksverband innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe dem Landesvorstand anrufen.“

15. In § 27 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „müssen“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt; nach dem Wort „angehören“ werden die Worte „und nicht hauptamtliche Mitarbeiter des BRK sind“ eingefügt.
16. In § 44 Abs. 1 wird nach dem Spiegelstrich „Wasserwacht“ folgender Spiegelstrich angefügt:
„Wohlfahrts- und Sozialarbeit“
17. § 47 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 3 werden die Worte „Der Landesvorstand“ durch die Worte „Das Präsidium“ ersetzt.
 - bb) In Satz 4 werden die Worte „Der Landesvorstand“ durch die Worte „Das Präsidium“, die Worte „Landesgeschäftsführer und Landeschatzmeister gemeinsam oder durch den beschließenden Finanzausschuss“ durch die Worte „den Landesgeschäftsführer und den Landeschatzmeister gemeinsam“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 wird das Wort „landesverbandseigenes“ durch das Wort „verbandseigenes“ ersetzt.
 - bb) Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Die Bewirtschaftung des Vermögens der Körperschaft nach den Grundsätzen der Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist in einer Finanzwirtschaftsordnung zu regeln, die von der Landesversammlung erlassen wird und für alle Verbandsgliederungen gilt.“
 - cc) Satz 4 wird aufgehoben.

- c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
 „(4) Der Finanzwirtschaftsausschuss kann zur Ausführung der Finanzwirtschaftsordnung verbindliche Beschlüsse fassen.“
18. § 49 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
 „Mittelbewirtschaftung und Budgetrecht der Gemeinschaften“.
- b) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „Den Rotkreuz-Gemeinschaften sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des Abs. 5 ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen soweit Haushalts- und Finanzplanung dies ermöglichen.“
- c) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
- d) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:
 „(5) Die Gemeinschaften erhalten zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf jeder Verbandsebene im Rahmen derer strategischer Ausrichtung und der dort jeweils bestehenden rechtlichen Verpflichtungen ein eigenes Budget. Sie verfügen über dieses Budget selbstständig. Die berechtigten Belange der Gemeinschaften in Bezug auf die Ausstattung ihres Budgets gegenüber anderen Aufgabenfeldern sind besonders zu beachten. Bei der Verteilung der Mittel unter den Gemeinschaften der jeweiligen Verbandsebene ist deren Arbeitsfeld, die ihnen übertragenen Aufgaben und deren Finanzbedarf zu berücksichtigen. Planbare Einnahmen und Erstattungszahlungen sind bei der Aufstellung des Budgets der Gemeinschaften zu berücksichtigen. Näheres hat die Rahmengeschäftsordnung der jeweiligen Verbandsstufe zu regeln. Für die Bergwacht gilt dies nur auf Landesebene. § 4 bleibt unberührt.“
19. In § 51 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „dem Präsidium“ und das Komma gestrichen.
20. In § 52 Abs. 2 werden nach dem Wort „erfüllen“ die Worte „oder bedürftig sind“ eingefügt.
21. § 55 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 „Die Ladung zu Sitzungen der Gremien hat mit einer Frist von einer Woche zu erfolgen, soweit in der Satzung keine abweichende Frist geregelt ist.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Vorstände und Ausschüsse“ durch das Wort „Gremien“ ersetzt.
- c) Absatz 5 erhält folgende Fassung:
 „(5) Die Gremien können beschließen, dass Beschlüsse in Textform (§ 55a) für den Zeitraum der Wahlperiode nicht oder nur in bestimmten konkret zu bezeichnenden Angelegenheiten nicht möglich sind.“
- d) Absatz 6 wird aufgehoben.
- e) In Absatz 7 werden die Worte „Vorstände und Ausschüsse“ durch das Wort „Gremien“ ersetzt.
22. Es wird folgender § 55a eingefügt:
 „§ 55a
 Beschlüsse in Textform
 (1) Beschlüsse können auch in Textform (z. B. Fax, E-Mail) gemäß den nachfolgenden Bestimmungen gefasst werden.
- a) Der Vorsitzende des jeweils abstimmenden Gremiums verfasst einen Beschlussvorschlag in Textform und sendet diesen in Textform (z. B. Fax, E-Mail) an alle stimmberechtigten Mitglieder des abstimmenden Gremiums.
- b) Der Beschlussvorschlag enthält
- Erwägungen, die den Beschlussvorschlag begründen;
 - den Beschlusstext, über den abgestimmt werden soll;
 - eine angemessene Abstimmungsfrist mit Datum

und Uhrzeit, bis zu der eine Abstimmungsantwort erfolgen kann, wobei diese in der Regel eine Woche beträgt, jedenfalls aber nicht unter 48 Stunden liegen darf;

- Rücksendeadresse, an die das Votum zurück zu senden ist.

c) Jedes stimmberechtigte Mitglied gibt innerhalb der Abstimmungsfrist in Textform unter konkreter Bezugnahme auf den Beschlussvorschlag oder unter dem Beschlussvorschlag sein Votum ab,

- den Beschluss wie vorgeschlagen anzunehmen,
- den Beschluss wie vorgeschlagen abzulehnen,
- sich ausdrücklich der Stimme zu enthalten,

und sendet das Votum an die angegebene Rücksendeadresse zurück. Das stimmberechtigte Mitglied vermerkt zusätzlich deutlich sichtbar in der Antwort, sofern es mit der Beschlussfassung im elektronischen Abstimmungsverfahren nicht einverstanden ist. Ansonsten gilt die Abstimmung gleichzeitig als Zustimmung zur Durchführung des Abstimmungsverfahrens in Textform.

d) Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter des jeweils abstimmenden Gremiums stellt nach Ablauf der Abstimmungsfrist die

- die Beschlussfähigkeit,
- das Abstimmungsergebnis durch Auflistung der einzelnen Voten und
- die Annahme oder Ablehnung des Beschlusses

fest, unterzeichnet diese Feststellungen und informiert die Mitglieder des abstimmenden Gremiums hierüber innerhalb von 48 Stunden nach Ablauf der Abstimmungsfrist auf dem Postwege. Zusätzlich kann er die Mitglieder auch per E-Mail informieren.

(2) Der Beschluss wird wirksam, wenn der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit und die Annahme des Beschlusses in der erforderlichen Mehrheit feststellt.

(3) Die Abänderung eines Beschlusstextes ist unzulässig. Ein Votum unter Abänderung des Beschlusstextes ist als Ablehnung zu werten.

(4) Vorbehalte, Bedingungen oder Einschränkungen sind unzulässig. Ein Votum unter Vorbehalt, Bedingung oder Einschränkung ist als Ablehnung zu werten.

(5) Ein nach Ablauf der Abstimmungsfrist eingehendes Votum ist ungültig. Ein an eine falsche Rücksendeadresse gesandtes Votum ist ungültig.

(6) Ladungsfristen gelten für Beschlüsse in Textform nicht.

(7) Das abstimmende Gremium ist im Abstimmungsverfahren nach dieser Vorschrift beschlussfähig, wenn mindestens $\frac{2}{3}$ der Stimmberechtigten des abstimmenden Gremiums innerhalb der Abstimmungsfrist an der Abstimmung teilnehmen. Voten gem. Abs. 3 u. 4 gelten als Teilnahme. Enthält ein Votum den Vermerk, dass mit der Beschlussfassung in Textform kein Einverständnis besteht, so zählt dieses Votum in Ansehung der Beschlussfähigkeit als nicht abgegeben; besteht Beschlussfähigkeit unabhängig von diesem Votum, so ist dieses Votum jedoch wie abgegeben zu zählen.

(8) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern sich aus der Satzung nicht etwas Abweichendes ergibt.

(9) Kommt der Beschluss mangels Beschlussfähigkeit nicht zu Stande oder wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, so ist in derselben Angelegenheit ein erneuter Beschluss nach dieser Vorschrift nicht möglich, sondern es ist mündlich zu verhandeln. Der Einwand eines stimmberechtigten Mitglieds, ein Beschlussvorschlag sei ihm nicht zugegangen, ist spätestens innerhalb eines Monats nach Absendung der Beschlussfeststellungen (Abs. 1 Buchst. d) beim Vorsitzenden in Textform geltend zu machen. Der Einwand führt zur Aufhebung des Beschlusses durch den Vorsit-

zenden des abstimmenden Gremiums, wenn sich ein unterstelltes ablehnendes Votum bei Erklärung, dass eine Zustimmung zur Beschlussfassung in Textform nicht besteht, auf das Beschlussergebnis auswirken kann.“

Art. 2

Änderung der Schiedsordnung

In § 2 Abs. 1 werden nach dem Wort „Gemeinschaften“ ein Komma und die Worte „und in weiteren in der Satzung geregelten Fällen“ eingefügt.

Art. 3

Änderung der Wahlordnung

In § 8 Abs. 4 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:
„Wird auch danach für dieses Amt kein Bewerber gewählt, bleibt dieses Amt unbesetzt. Soweit ein Stellvertreter gewählt wurde, übernimmt dieser die Aufgaben.“

Günter Schuster, Ministerialdirektor

StAnz Nr. 31/2013